



BERICHT



Nach der Staatsreform: Quo vadis, Belgien?

Diskussion mit den belgischen Politikern Servais Verherstraeten und Melchior Wathelet sowie dem Deutschen Botschafter in Belgien, Dr. Eckart Cuntz, zur belgischen Staatsreform

Am Montag, den 5. November 2012, 19 Uhr im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Brüssel

Wie könnte und wie sollte Belgien nach der Staatsreform aussehen? Diese Fragen diskutierten zwei belgische Politiker: Servais Verherstraeten (Staatssekretär im Bereich Bauweisen und für institutionelle Reformen, CD&V) und Melchior Wathelet (Staatssekretär für Umwelt, Energie, Verkehr und für institutionelle Reformen, CDH).

Dr. Stefan Gehrold, Leiter des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, verwies in seiner Einleitung auf einen Artikel in einer deutschen Tageszeitung, die im Januar 2011, als die belgischen Politiker versuchten, eine Koalition zu finden, über den „belgischen Patienten“ schrieb: „Ein Land, das nicht mehr existiert, braucht auch keine Regierung. Ist das Theater zwischen Flamen und Wallonen beispielhaft für Europa?“. Diese Vorhersage sei nicht nur dramatisierend, sondern auch falsch gewesen, kommentierte Gehrold. Denn einige Monate später haben sich acht Parteien in Belgien zusammen getan und eine gemeinsame Linie für eine Staatsreform gefunden. Bis 2014 muss diese nun umgesetzt werden. „Wir freuen uns ganz besonders, heute die beiden verantwortlichen Staatssekretäre Servais Verherstraeten und Melchior Wathelet begrüßen zu dürfen“, sagte Gehrold.

Der deutsche Botschafter im Königreich Belgien, seine Exzellenz Dr. Eckart Cuntz, bezog sich auf Konrad Adenauer, dessen Name für einen starken Föderalismus stehe. Unsere Länder stünden beide für einen föderalen Staat, sagte er. In Deutschland sei dieser allerdings anders gestaltet als in Belgien, wo ein zentraler Staat föderalisiert wurde.

„Wir haben ein vitales Interesse an einem starken Belgien, an einem starken Europa“, sagte der Botschafter und ergänzte, dass Deutschland für Belgien der größte Handelspartner sei. Er betonte eine weitere Gemeinsamkeit: Deutschland und Belgien seien beides Gründungsländer der Europäischen Gemeinschaft. Cuntz verwies auf die Frage des Abends: „Quo vadis, Belgien?“.

Wathelet skizzierte die verschiedenen Interessen von Flamen und Wallonen, die seiner Meinung nach für die Veranstaltung allerdings nicht so wesentlich seien. Wichtig sei für ihn, dass es einen wirklichen Willen in Flandern gegeben habe, Reformen durchzusetzen. Das belegten die Wahlen von 2007 und die Abwahl der Regierung von 2010. „Für die



BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

NOVEMBER 2012

www.kas.de/bruessel

Frankophonen war dieser Wunsch nach Reformen nicht so präsent“, gab Wathelet zu. Die Flamen hätten den Wallonen nichts Böses gewollt, aber sie hätten weiter gehen wollen. Die Wallonen hingegen hätten gefragt, wieso Reformen angestrebt werden. Besonders die Wahlergebnisse 2010 mit dem historischen Ergebnis der N-VA seien sehr eindeutig gewesen. Hier verwies Wathelet auf Bart De Wever und kritisierte dessen Vorstellungen einer Staatsreform, die zu weit gingen. „Das würde bedeuten, dass es ein Ende des Staates geben würde“, sagte Wathelet. „Zum Glück haben die anderen in Flandern dagegen gestimmt“, ergänzte er.

Das Ziel sei gewesen, eine Form zu finden, um zusammen in einem Land zu leben, obwohl es Unterschiede gebe. „Das haben wir geschafft“, sagte der Politiker. „Damit werden wir in Zukunft weitermachen.“ Doch eine Reform, die den Staat Belgien zerstören würde, werde es nicht geben. De Wever sei außer Stande, eine solche Reform durchzusetzen. Wathelet betonte, er als jüngster in der Regierung wolle auch in zehn oder zwanzig Jahren für seine Kinder kein unabhängiges Brüssel, Wallonien oder Flandern, sondern ein gemeinsames Belgien. „Belgien muss man verändern, neu gestalten und vielleicht sogar revolutionieren“, sagte er. Eine Alternative dazu gebe es nicht.

Nach Melchior Wathelet ergriff auch sein Kollege Servais Verherstraeten das Wort. Er äußerte sich zunächst zum Titel der Veranstaltung: „Wie muss Belgien nach der Reform aussehen?“. Verherstraeten zeigte sich optimistisch für die Zukunft Belgiens. „Unsere sprachlichen Differenzen sind nicht unser Hauptproblem“, sagte er. Vielmehr stellten die wirtschaftlichen Unterschiede eine Herausforderung dar. Die Situationen im Norden und im Süden seien sehr unterschiedlich, sowohl wirtschaftlich als auch sozial. „Für uns Flamen ist es wichtig, dass Wallonien und Brüssel stark sind. Ich bin für einen Marshall-Plan für Wallonien“, sagte der Staatssekretär. Denn das sei nicht nur für die Wallonen, sondern auch für die Flamen wichtig. Sein Augenmerk richtete Verherstraeten auf die Gemeinsamkeiten: „Wir brauchen ein Projekt für alle Bürger, das über die gemeinsame Teilnahme an der Weltmeisterschaft in Brasilien hinausgeht“, sagte er. Nun sei es wichtig, die sechste Staatsreform durchzuführen.

Verherstraeten schloss sich Wathelet an und bekannte sich ebenfalls zu einem gemeinsamen Belgien und sprach sich gegen eine Teilung des Landes aus. „Wir haben die Chance, uns gegenseitig zu bereichern“, meinte er. Allerdings gebe es genügend Herausforderungen wie die Arbeitslosigkeit. Die Probleme in Flandern und Wallonien seien jedoch unterschiedlich. „Deswegen brauchen wir auch eine unterschiedliche Politik“, sagte er. Die sechste Reform mache genau das möglich, die Regionen seien verantwortlich. „Jeder muss vor seiner Tür kehren“, forderte er, dann sei der belgische Staat besser. Und auch Verherstraeten war sich sicher: „Das wird nicht die letzte Reform in Belgien sein“, meinte er und sagte abschließend: „Wir haben eine große Zukunft vor uns.“

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

NOVEMBER 2012

www.kas.de/bruessel

Diskussion

Beide Staatssekretäre wiesen in der Diskussion auf die gestiegene Autonomie der Regionen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik hin und erhofften sich davon eine Belebung des Arbeitsmarktes.

Generell würde die Reform zu einem homogeneren Kompetenztransfer führen. Ein Kritikpunkt an früheren Reformen sei die mangelnde Kohärenz der Reformen gewesen: So habe man Kompetenzen ausgelagert ohne die entsprechenden Mittel bereitzustellen.

Ein Teilnehmer hinterfragte das Interesse des wallonischen MR, auf eine rasche Umsetzung der Reformen hinzuarbeiten; schließlich sei der MR noch nicht an der wallonischen Regierung beteiligt und daher möglicherweise nicht an einem vollen Kompetenztransfer vor 2014 interessiert. Wathelet verwies auf die bislang gute Zusammenarbeit mit dem MR und zeigte sich auch im Hinblick auf die Zukunft optimistisch. Immerhin habe der MR bereits mit seiner Distanzierung von der FDF seine Opferbereitschaft bewiesen.

Auf die Frage, warum die beschlossene Teilung des Wahlkreises BHV in Flandern nur verhalten aufgenommen worden sei, erwiderte Verherstraeten, dass diese Reform bislang für die Bürger noch sehr abstrakt sei. Die Konsequenzen würden aber im Wahljahr 2014 voll sichtbar werden. Wathelet ergänzte, dass die Regierung bis 2014 mit einer Umsetzung der ehrgeizigen Pläne das Vertrauen der Bürger erhalten würde. Insgesamt sei die Regierung mit den bisherigen Fortschritten im Plan.

Sowohl Wathelet als auch Verherstraeten äußerten ihre Sorge angesichts der abnehmenden Sprachkenntnisse: Während oft von den mangelnden Niederländischkenntnissen der Wallonen die Rede sei, ist inzwischen auch ein Rückgang der Französischkenntnisse im Norden des Landes zu verzeichnen.

Autor: Barbara Schmickler